

#FridaysforFuture - Nanu, Frau Merkel!

Beitrag von „CDL“ vom 2. März 2019 21:05

Zitat von Kippelfritze

Die Idee von Frau Barley unter dem Eindruck dieser Demonstrationen, das Wahlalter auf 16 zu senken (Bundestagswahlen?) halte ich hingegen für puren Aktionismus. Bei aller Wertschätzung glaube ich doch, dass es eine sehr kleine Minderheit unserer Kinder und Jugendlichen ist, die sich politisch interessiert und auch Ahnung hat, was sie da wählen (sollen).

Aha und ab welchen Alter setzt dann magischerweise das politische Interesse bei einer Mehrheit ein?

Meine 7.Klässler in GK sind etwa zur Hälfte bereits sehr interessiert an Politik, da könnten sich manche Erwachsene eine Scheibe abschneiden. Vor dem Hintergrund von zunehmenden Möglichkeiten bereits mit 16 an Kommunalwahlen teilzunehmen entbehrt das Argument auch einer verallgemeinerungsfähigen Grundlage: Auch wenn der Gedanke sein mag, dass Jugendliche sich in ihrem Nahraum besser auskennen mögen und man sie deshalb kommunal einbinden möchte, wissen meine Schüler mehrheitlich mehr über Bundes- und Weltpolitik als über Kommunalpolitik, die wir Lehrer ihnen erst schrittweise nahebringen.

Wer sich politisch noch nicht interessiert bringt meistens auch nicht das Engagement auf wählen zu gehen, umgekehrt ist eine frühe Einbindung der Meinung von Jugendlichen eine Möglichkeit deren besondere Art die Welt zu sehen und gestalten zu wollen wertzuschätzen, anzuerkennen, politisch zu hören.

Last but not least: Aktuell wird darüber diskutiert, dass das Wahlrecht Menschen mit geistiger Behinderung oder die sich in Betreuung befinden diesen nicht per se abgesprochen werden dürfe, da das Wahlrecht das höchste Gut der Demokratie sei. Auch vor diesem Hintergrund halte ich ein Wahlrecht ab 16 auf Bundesebene durchaus für diskutabel.

Als ich Schülerin war, war gerade die Hochzeit der Republikaner in BaWü. Vor dem Hintergrund von Brandanschlägen in Deutschland und einer sichtbarer werdenden Neonazi-Szene gab es nicht nur Konzerte ("Rock gegen Rechts"), sondern auch große Demonstrationen, an denen die Schüler meiner Schule damals an einem Vormittag geschlossen teilgenommen haben. Da gab es eine Durchsage der Schulleitung, dass wer Unterricht versäume empfindliche Strafen bekäme wie zeitweisen Schulausschluss. Die SMV und einige Lehrer haben uns dennoch ermutigt zu gehen, da klar war, dass die Schulleitung nicht gegen alle SuS der Schule §90 ziehen würde. Am Ende war dann -wegen der regen Teilnahme- die offizielle Regel, dass verpasster Unterricht nachgearbeitet werden musste und weitere Strafen nach Maßgabe der KL

galten. Ich habe von keiner Klasse gehört deren KL Strafen verhängt hätten.

Zivilcourage und ziviler Ungehorsam sind ganz wesentliche Bausteine einer wehrhaften Demokratie und stehen für mich wenigstens gleichrangig neben einer Schulpflicht, schließlich lernen die SuS die an derartigen Demonstrationen teilnehmen freiwillig etwas über gesellschaftliches Engagement und gelebte Demokratie.